

Gehalts bei der nächsten Zahlung abgezogen werden. Durch das Gesetz vom 20. v. M. sind auch für die Waisen, die nicht Kriegswaisen sind, Rentenzulagen von monatlich 10 Mark eingeführt worden. Diese Zulagen werden aber erst ausbezahlt, nachdem den Empfängerberechtigten besondere Nachricht von der Landesversicherungsanstalt zugegangen ist, und zwar nachträglich für die Zeit vom 1. Juli ab. In ihre Quittungen ist also bis zum Empfang dieser Nachricht nur der Monatsbeitrag der Rente selbst einzustellen.

Kleine politische Meldungen.

Deutsche Vorbehalte für Spa. Nach den in der Zentrumsfraktion abgegebenen Erklärungen des Reichsfinanzlers Fehrenbach wird Deutschland nach Spa nur unter dem Vorbehalt gehen, daß mit ihm auch wirklich verhandelt wird. Der Versuch, in Spa Beschlüsse über den Kopf Deutschlands hinaus zu fassen, würde die weitere Anwesenheit der deutschen Vertreter in Spa unmöglich machen. — Der englische Geschäftsträger erklärte dem Auswärtigen Amt in Berlin, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz von Spa am 5. Juli stattfinden würde.

Deutschland erstickt am Fristverlängerung. Auf die durch den deutschen Geschäftsträger übermittelte neue alliierte Note über die deutsche Abrüstung wird, soweit bei der augenblicklichen Ratsinhaltslage Informationen eingeholt werden könnten, die deutsche Regierung um eine endgültige Verlängerung der Frist für Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann, sowie um Aufhebung des Beschlusses nach Auflösung der Sicherheitswehren die Alliierten ersuchen.

Wichtigkeiten für ausländische Lebensmittellieferungen. Der Regierung fällt es naturgemäß nicht leicht, die notwendigen Kredite für den Ankauf von Lebensmitteln im neutralen Ausland zu finden. Wie verlautet, sind nunmehr von der Regierung jährliche deutsche Firmennachträge gebeten worden, sich bei den Lebensmittelkrediten für die Bezahlung der Schuld mit ihrem guten Namen zu verbürgen. Erfolgreichere Weise haben viele der angesehenen Industriellen und sonstige gutgestellte Geschäftsinhaber ohne weiteres zugestimmt.

96 nach Auswanderung nach Belgien. Wie der Nationalrat berichtet wird, beträgt die Zahl der aus Belgien heimkehrenden ausgewiesenen Deutschen ungefähr 96 000 (25 000 Männer, 31 000 Frauen und 40 000 Kinder). Nach einer Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Briand vom Innenministerium dürften vorläufig noch etwa 80 000 Deutsche in Belgien verbleiben.

Das Schicksal der deutschen Kolonien. Aus London wird gemeldet, daß die englischen Blätter, offenbar inspiriert, über das Schicksal der deutschen Kolonien folgende Ausführungen machen: Nach Artikel 44 des Friedensvertrages sind die deutschen Kolonien den alliierten und assoziierten Mächten zu übergeben, und diese haben darüber zu entscheiden, wer das Mandat führen soll. Die Bedingungen jedes Mandats werden dem Völkerbunde unterbreitet werden, und dort wird von Zeit zu Zeit darüber verhandelt, wie diese Kolonien zu verwalten sind. Aber die alliierten und assoziierten Regierungen, die diese Länder unter den größten Opfern befreit haben, haben allein darüber zu bestimmen, wer das Mandat erhalten soll.

Deutsche für die Fremdenlegion. Fast alljährlich kommen in Mexiko Transporte junger Deutsche an, die sich für die Fremdenlegion anwerben lassen. Sie reisen unter militärischer Begleitung von dort nach Marseille und werden von dort nach Algier zu den Stammregimentern beordert.

Gegen die Einreise Deutsche nach Amerika. Daily Mail meldet aus New York: Die Einwanderungsbehörde erhob Einspruch gegen die weitere Einreise Deutsche und Österreicher in die Vereinigten Staaten. Die mit dem letzten Dampfer ankommenden Deutschen werden vorläufig an der Einreise verhindert. Die Einwanderungsbehörde beruft sich auf das Fortbleiben des Kriegszustandes, solange der Friedensvertrag nicht angenommen ist.

Vor einem neuen Balkankrieg? Jugoslawische Truppen sind den abtrübnlichen Italienern sofort gefolgt und haben außer der albanischen Küste auch ihren Einzug in Montenegro gehalten und es besetzt. Dort wird es zweifellos bald zum Treffen kommen, da sich freiwillige Bataillone gebildet haben, die zur Hälfte aus Italienern, zur Hälfte aus Montenegrinern bestehen. Der italienische General Garibaldi hat seinem Austrif die Tat folgen lassen und bereits die ersten Freiwilligen nach Montenegro geschickt. Er selbst hofft, mit weiteren Truppen in einigen Tagen zu folgen. Die Serben mobilisieren im Geheimen, da nach ihrer Auffassung ein neuer Krieg auf dem Balkan und in Albanien beginnen wird.

Bürgerkrieg in Irland. In Londonbercy hat unter den Iren ein blutiger Bürgerkrieg begonnen, und die Straßenseiten beschuldigen die Unionisten, daß sie mit England im Bunde stehen und von England Unterstützung erhalten, um gegen die Sinnfeiner zu kämpfen. Seit Sonnabend wird in Londonbercy zwischen den beiden Parteien heftig gekämpft, wobei es Tote und Verwundete gibt.

Stadtverordnetenversammlung in Aue.

a. Von den mancherlei lässigen Folgeerscheinungen des Krieges, unter denen unsere Zeit leidet, ist eine der unangenehmsten die Wohnungsnot. Überall im Reich ist sie fühlbar, so auch in Aue, wo die städtischen Körperschaften schon wiederholt darüber zu Rate gesehen haben, wie ihr zu wehren sei. Leidet ist das nicht, und es ist zu befürchten, daß die Wohnungsnot nur langsam und schwer wieder zu beheben sein wird. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung bildete sie wieder einmal das Hauptthema, mit dem sich das Kollegium beinahe einunddreißig Stunden lang befaßte, während die übrigen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung rasch erledigt wurden. Angehört wurde die Frage bei der Aussprache über die

Errichtung eines Bierfamilienhauses am Nieberstheimer Weg.

Es lag eine Katsvorlage vor, nach der dieses Haus in städtischer Regie gebaut werden soll unter Leitung des Stadtrats Petz, dem mit Planungen und in technischen Dingen das Stadtbauamt zur Seite stehen wird. Der Bau soll sich also darstellen als ein Versuch kommunalisierter Bauweise, wobei die einzelnen Bauarbeiten an die verschiedenen Gewerkschaften vergeben werden. Wie Bürgermeister Hofmann zu dem Projekt ausführte, werden die Kosten dafür, wie das gar nicht anders zu erwarten ist, sehr erheblich sein. Schätzungsweise — etwas Bindendes läßt sich ja nicht sagen, weil Materialpreise und Löhne heute ständig meist steigenden Schwankungen unterworfen sind — belaufen sich die Ausgaben für die Mauerarbeiten auf 140 000 Mark, für die Zimmerarbeiten auf 67 000 Mark und für die übrigen Handwerkerarbeiten auf 133 000 Mark, zusammen also auf 340 000 Mark. Der Reichszuschuß stellt sich auf 40 820 Mark, soles das Reich über größere Mittel verfügt als jetzt, so kann er sich vielleicht ver doppeln. Für eine Bierstammwohnung bleibt also ein unge deckter Aufwand von 85 000 Mark.

Mit der Frage, zu welchem Zweck die Privatwirtschaft den Bau herstellen würde, leitete St. R. Bär eine sehr ausgebreitete Aussprache ein. Nachdem Bürgermeister Hofmann beanwor-

tet hatte, daß die genannten Zahlen vorläufig auch für die Privatwirtschaft Geltung haben, daß man aber nicht wissen könne, ob sie noch maßgebend sein werden, wenn das Haus fertig ist, be wies St. R. Hofmann, daß das Reich in absehbarer Zeit genug Geld haben werde, um den Baukostenzuschuß zu verdoppeln und warnte vor einem Experiment mit so hohen Kosten, da das Haus unrentabel sein werde. St. R. Hofmann ging der Ursache der Wohnungsnot auf den Grund, die er für die im Hinblick darauf, daß die Stadt im Jahre 1914 2000 Einwohner mehr hatte als jetzt, zum Teil zu erklären dürften glaubte darin, daß im Verhältnis zum Werte des Geldes die Wohnungen gewissermaßen wohlfeil sind, weshalb mancher Einwohner den früheren engeren Raumbedingungen eine Ausbreitung vorziehe. Im weiteren Verlaufe der Aussprache, an der sich die St. R. Schlemmer, Sannig, Wilhelm und Petz, sowie Stadtrat Höfer die Katsvorlage befragend beteiligten, wurde auch das Wohnungsproblem zur Sprache gebracht, das heißt das Zusammenziehen zahlreicher Personen in einem Räume. St. R. Justizrat Raabe trat einem in der Aussprache zutage getretenen Irrtum entgegen, daß St. R. Hofmann mit seinen Ausführungen speziell die Arbeiterklasse gemeint habe; das sei unrichtig, Herr Hofmann habe ganz allgemein und sehr abstrakt gesprochen. Zur Sache selbst bemerkte er, daß in Aue 200 Wohnungen fehlen, und daß da mit dem Bau von vier Wohnungen nichts getan sei. Wenn er trotzdem für die Katsvorlage stimmen werde, so deshalb, um zu zeigen, daß es an dem guten Willen zur Milderung der Wohnungsnot nicht fehlt. Wirklame Abhilfe werde aber wohl nur ein engeres Zusammenrücken der über viel Raum verfügenden Einwohner bringen. Auch Bürgermeister Hofmann betonte, daß Herr Hofmann gewissenhaft zur Sache gesprochen habe und ergänzte die Ausführungen des Vorredners dahin, daß man hoffe, durch engeres Zusammenrücken der Einwohner 100 bis 150 neue Wohnungen zu schaffen. Dabei sollen nur Räume in Frage kommen, die sich ohne Schwierigkeiten abtrennen lassen. Eine Frage des St. R. Petz beantwortete er dahin, daß die vorgelegenen Bauten in der Ernst-Papst-Straße und in der Blücherstraße wegen der enormen Kosten — 1 200 000 Mark — einem neuen Beschlusse zufolge nicht ausgeführt werden sollen, man wird zunächst einmal es mit dem kleineren Projekt am Nieberstheimer Weg versuchen. Es läßt nunmehr eine erneute Aussprache ein, in der das Wort für die Katsvorlage ergriffen die Stadträte Jäger und Lorenz, sowie die St. R. Wolff und Schultze, worauf dem Bau eines Bierfamilienhauses am Nieberstheimer Weg unter Bewilligung der Kosten einstimmig zugestimmt wurde.

Ebenfalls der Wohnungsnot steuern sollen

Bauförderzuschüsse an den gemeinnützigen Bauvereinen.

Von diesem lag ein Gesuch vor, in dem er um die Gemeindezuschüsse bittet unter Hinweis darauf, daß am Eichert noch in diesem Jahre 31 Häuser mit 50 Wohnungen erbaut werden sollen, wofür sich die Kosten auf 3 961 000 Mark stellen. Der Eichertbauverein interessiert sich für das Projekt, von ihm sind große Zuschüsse zu erwarten, und es würden diese 31 Häuser dann zunächst einmal bestimmt sein für die vielen in Aue wohnhaften Eisenbahnbedienten. Bevor aber der Reichszuschuß angefordert werden könne, muß die Gemeinde grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung der Zuschüsse ihrerseits erklären, wozu das Kollegium sein Einverständnis gab. — Mit diesen beiden Punkten im Zusammenhang stand die Wahl von drei Mitgliedern des Kollegiums in den Ausschuß für das Wohnungsproblem. Es wurden gewählt die St. R. Bär, Wilhelm und Schultze. Weiter lag dem Kollegium, das in Stärke von 23 Mitgliedern anwesend war, während am Ratstische sieben Ratmitglieder den Verhandlungen beimohnten, folgende Tagesordnung vor: Man nehme Kenntnis von einer Einleitung der Freiwilligen Feuerwehr zur Feier von deren 50jährigem Bestehen und von der Abrechnung der Kriegesgefangenenheimleiter. Diese Abrechnung schließt mit 7920 Mark Einnahmen und 7500 Mark Ausgaben; der Ueberschub betrug von 420 Mark wurde der Reichsstelle für Kriegsgefangenenheimleiter übergeben. Dem vom Räte dem Leiter der Heiligen Stelle, Techniker Reichsmar und Stadtrat Matthes, der dem Ausschusse angehörte, ausgesprochenen Dank schloß sich das Kollegium an.

Verwendung des Sparkastenergebnisses für 1919

wurde folgendes mitgeteilt: Der Gewinn stellt sich auf 136 775 Mark, wovon in Bezug zu bringen sind 87 879 Mark für Verwaltungskosten und 37 395 Mark als 1 % Abschreibung von Kennwert der Wertpapiere. Abzüglich dieser 75 284 Mark verbleibt also ein Reinergebnis von 61 491 Mark, wovon an die oberländische Rücklagekasse kommen 20 494 Mark und an die Kursgewinn-Rücklagekasse 40 997 Mark. (Die Zahlen sind hier ohne Pfenninge wiedergegeben.) Das Kollegium gab zu dieser Verwendung seine Einwilligung, nachdem St. R. Bär bemerkt hatte, daß früher der Sparkastenergebnis zum guten Teil öffentlichen Zwecken zugute kam, was vom Publikum immer anerkannt worden wäre.

Kosten für die Ferienkolonie in Oberlößnitz

angefordert. Sie sind, den Verhältnissen entsprechend, hoch, nämlich 15 000 Mark. Stadtrat Jäger bemerkte dazu, daß die Ferienkolonie sich auf Privatwohlfahrtigkeit gründe. Auch diesmal sind Stadträte Schrotz seine Fabrikräume in Oberlößnitz unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, ermöglicht überhaupt erst die Ferienkolonie, und auch Frau Direktor Schrotz unterläßt diese reichlich mit Nahrungsmitteln und Genusmitteln. Alles dies rechnet aber nicht zu, um 210 Kinder auf je drei Wochen in die Kolonie zu schicken. — Das Kollegium bewilligt die angeforderte Summe, desgleichen 424 Mark als Kosten für die Aufstellung einer von Herrn Arthur Stahlschweiger überlassenen Dynamomaschine und eines Elektromotors in der Oberlößnitz und 500 Mark als städtische Beiträge für die durch Kolonisten heimgeführte Stadt Mansfeld. Zur Beschaffung von Wäsche für das Stadtkrankenhaus wurden 1800 Mark bewilligt und 557,80 Mark noch ungedeckte Kosten des Aktionsausschusses beim Rapp-Papst, wobei Justizrat Raabe betonte, daß eine rechtliche Forderung zur Deckung dieser Kosten nicht bestehe, deren Uebernahme er aber aus Billigkeitsgründen befürwortete.

Errichtung einer Lungenfürsorgekassette

unter Leitung des Dr. Müller zu, wie sie früher schon einmal bestanden hat, und wozu die hierfür nötigen Kosten aus, Dr. Müller wird die Beratungskosten alle 14 Tage im städtischen Krankenhaus abhalten. Desgleichen erklärte man sich einverstanden mit der

Errichtung eines Versäuerungsstelle

die den schulentlassenen Knaben und Mädchen mit Rat und Tat bei der Wahl des Berufes zur Seite stehen soll. Dieser Ausschuß wird sich zusammenziehen aus einem Mitglied des Rates und Stadtverordnetenkollegiums, drei Vertretern der Bürgerlichen, je einem der Oberrealschule, der Gesamtschule, der Volkshochschule, der Vereinigung und des Gewerkschaftsrates, sowie dem Schulrat. Die Stadtverordneten wählten in den Ausschuß Frau St. R. Bär. — Endlich wurden noch 20 420 Mark bewilligt für Gummibereifung des städtischen Bakkras-

wagens, der 28 000 Mark gekostet und Reparaturen im Betrag von 7000 Mark erfordert hat. — St. R. Schultze hat dem Rat ein halbes Dutzend Karten, wie hoch sich der Schaden beläuft, dem die Stadt durch das Anfallen der Kartoffeln erlitten hat, mitgebracht die um dreiviertel 8 Uhr begonnene öffentliche Sitzung um 8 Uhr 20 Minuten ihr Ende erreicht. Es schloß sich eine nichtöffentliche an.

Von Stadt und Land.

Aue, 26. Juni 1920.

Gesuche an falscher Stelle. An den Ministerpräsidenten gelangen fortwährend Gesuche um Anstellung im Staatsdienste, sowie um Beschäftigung in irgendwelchen Berufsstellungen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß derartige Gesuche den gewünschten Erfolg nicht haben können, da der Ministerpräsident unmöglich in der Lage ist, selbst solche Gesuche zu prüfen und die Beschaffung etwaiger offener Stellen zu veranlassen oder sonst Arbeitsofferten zu verschaffen. Derartige Gesuche müssen daher stets an die zuständige Stelle bei den einzelnen Behörden weitergegeben werden. Die Gesuchsteller laufen Gefahr, daß durch die Einreichung ihrer Gesuche bei dem Ministerpräsidenten eine Verzögerung ihrer Angelegenheit eintritt. Ferner wird das Publikum ersucht, sich mit Entschuldigungen nicht an den Ministerpräsidenten zu wenden. Die Bearbeitung von Gnadengesuchen ist in allen Straftaten zunächst Sache des Justizministeriums.

Steuererlasse für die Gemeindefiskalverwaltung. Das Ministerium des Innern teilte dem Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens auf seine an das Finanzministerium gerichtete Eingabe folgendes mit: In Paragraph 5 des Gesetzes vom 23. Februar 1920 ist bestimmt worden, daß Steuererlasse, die nach dem Beschluß der Volkstammer vom 12. Februar 1920 zugestanden werden, auch für die Gemeindefiskalverwaltung (einschließlich Schul- und Kirchensteuern) Gültigkeit haben. Die Gemeindefiskalbehörden sind beauftragt worden, hierauf nochmals hinzuweisen.

Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. März 1920, durch die für das Gebiet der Freistaate Sachsen bis auf weiteres der Verkehr mit Kraftfahrzeugen von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens sowie Bergungsfahrten an Sonn- und Festtagen untersagt worden waren, wird aufgehoben. In Kraft bleibt dagegen die Ministerialverordnung vom 18. August 1919. Sie schreibt u. a. vor, daß in jeder Zulassungsbewilligung eingetragen sein soll der die Zulassung begleitende Verwendungszweck, der Name der zur Verwendung des Fahrzeuges und zum Mitfahren berechtigten Personen, der Verwendungszweck oder die Verwendungszwecke, bei allen Kraftomnibussen, Kraftbussen, Mietkraftwagen das Verbot des Fahrens zu Wettrennen und ähnlichen Massenveranstaltungen auch innerhalb ihres Verwendungsbereiches.

Gründung einer Ortsgruppe Aue des Vereins der Klein- und Mittelrentner. Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens, E. V., mit dem Sitz in Dresden (Klein- und Mittelkapitalisten) hielt gestern eine Versammlung im Fremdenhof Blauer Engel ab. Der Vortragende des Hauptvereins, Otto, berichtete über die bereits erreichten Begünstigungen in den neuen Steuererlassen. Wenn diese bisher nicht größer gemorden sind, so sei das dem abweichenden Standpunkte der einen oder anderen der ausschlaggebenden Parteien der Nationalversammlung zuzuschreiben. In der letzten Ausschusssitzung sind dem Vorstände folgende Richtlinien gestiftet worden: 1) Ueberprüfung der jetzt überhöhten Steuererlasse zu Gunsten der Rentner mit Vermögen bis 200 000 Mark; 2) Steuerfreiheit aller alten oder erwerbsunfähigen Rentner mit Einkommen bis 6000 Mark; 3) Staatliche Unterstützung, wie sie bereits den Fremdenrentnern gegeben wird, und zwar in einer Höhe, daß jedem alten oder erwerbsunfähigen Rentner mit seinem eigenen Einkommen mindestens 3000 Mark jährlich zur Verfügung stehen; für jede zu seinem Haushalt gehörende Person kommen hier hinzu noch 800 Mark bis zum Höchstbetrage von 1800 Mark. Nach dem Bericht des Vorstandesmitglied Otto befinden sich in Sachsen jetzt schon 60 Ortsgruppen mit über 8000 Mitgliedern. In den anderen Staaten bilden sich neue ähnliche Verbände, mit denen gemeinsam gearbeitet werden soll. Nach Schluß der Versammlung meldete sich eine Anzahl neuer Mitglieder und gründeten eine Ortsgruppe, es wurden gewählt Privatus Gustav Seitz, Wettinerstraße 48, als erster Vorsitzender, Wäckermeister Roschke, Schwarzengrabenstraße 77, als zweiter Vorsitzender, Frau Wilda Fischer, Markt 5, als Schriftführerin und Frau Marianne Müller, Wöcknerstraße 28, als Kassiererin; die auch weitere Anmeldungen gern entgegennehmen.

Die Ernährungslage Sachsens. Im Gegensatz zu anderen deutschen Bezirken, wo empfindlicher Getreidemangel herrscht und bereits zu Hungerkrawallen geführt hat, ist nach Informationen an zuständiger Stelle in dem industriellen, dicht bevölkerten Sachsen, das auf Getreidezuschüsse von außerordentlichen Gebieten angewiesen ist, dank einer glücklichen Ernährungspolitik eine Protestant nicht zu befürchten. Die Zusammensetzung des Brotes ist allerdings auch in Sachsen mangelhaft, doch ist immerhin ein gewisser Roggenmehlbestand vorhanden, der in Zusammenhang mit dem Kartoffelüberschuß ermöglicht, über die bevorstehenden schwersten sechs Wochen des alten Wirtschaftsjahres hinwegzukommen. Die Getreiderente in Sachsen wird in diesem Jahre bereits in der zweiten Hälfte des Juli beginnen, die Lage ist schwierig, aber nicht unmittelbar gefährlich, zumal wenn die sogenannten selbst bewirtschaftenden Kommunalverbände ihre Pflicht hinsichtlich der Ablieferung alle reiflos befolgen, was leider nicht immer der Fall ist.

Frühkartoffelpreise. Wie im vergangenen Jahre bleiben auch diesmal die ersten Frühkartoffeln, d. h. die in Mittelsachsen, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogenen Kartoffeln, von der Fällung eines einheitlichen Höchstpreises, sowie von den öffentlichen Bewirtschaftungen bis zum 30. Juni ausgenommen. Dagegen werden vom 1. Juli ab die Frühkartoffeln, wie bisher öffentlich bewirtschaftet werden. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln aus der Ernte 1920 wird mit Genehmigung der Reichs-Kartoffelstelle für den Preisaat Sachsen mit Gültigkeit vom 1. Juli 1920 ab zunächst auf 85 Mark für den Zentner beim Verkauf durch den Erzeuger festgesetzt.

Heilmittel für Aueer Kriegsgeliebte. Amputierten, Wundenbeschädigten und solchen Kriegsgeliebten, deren Verletzung eine besondere Reinlichkeitspflege erfordert, können in der Geschäftsstelle des Vereins Heimatkund (Stadthaus, Zimmer Nr. 18) wieder je zwei Stück Heilmittel zum Selbstkostenpreis von zusammen 6.00 Mark abgegeben werden. Neu hinzukommende Berechtigten haben ihre Militärpapiere vorzulegen bzw. vorlegen zu lassen.

Seifen- und Waschlappenpreise. Die Seifen- und Waschlappenpreise sind bekannt: Die mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten Preise für festhaltige Waschlappen betragen bis auf weiteres: 1 Stück reine Kernseife 5 Mark, 1 Doppeltuch reine Kernseife 10 Mark, 1 Stück reine Kernseife 5 Mark, 1 Stück Kasserseife 2.50 Mark, 1 Stück A.-M.-Seife 5.50 Mark, ein halbpfund-Wasch Seifenpulver 3.50 Mark, ein Pfund-Wasch Seifenpulver 7 Mark. Diese Preise sind Höchstpreise. Die Seifen- und Seifenpulverpreise werden mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisauflage festgesetzt.